

Anlage 3

Instrumentenkoffer

Im Instrumentenkoffer ist eine Auswahl von Instrumenten zur Bürgerbeteiligung genannt, die kurz beschrieben werden. Die Aufzählung ist nicht abschließend. Eine Ergänzung, insbesondere durch Online-Kommunikationsformen wird angestrebt.

Manche Instrumente sind für mehrere Projektaufgaben geeignet. Dies trifft nicht nur für die Information zu, die in allen Projektaufgaben erforderlich und unter Punkt 1 vorweggestellt ist. Um in der Inhaltsübersicht Doppelungen zu vermeiden wird mit Verweisen gearbeitet.

Die Entscheidung für ein konkretes Instrument oder auch die Kombination von Instrumenten muss unter Berücksichtigung der Bedingungen des Einzelfalls erfolgen. Damit der jeweilige Aufgabenzweck erreicht wird, gilt dies insbesondere für die Ausgestaltung der Instrumente. Die Anwendung des Instrumentenkoffers ist daher eine Orientierung. Die/der Bürgerbeteiligungskoordinator/in berät und unterstützt bei der Auswahl und Ausgestaltung der Instrumente.

Inhalt:

1	„Information“ als Bürgerbeteiligungsinstrument für alle Projektaufgaben	3
2	Bürgerbeteiligungsinstrumente zur Erarbeitung von Projektinhalten	4
	Arbeitsgruppe	4
	Konsensuskonferenz	4
	Kreativworkshop	5
	Open space	6
	Planungszelle	7
	Projektgruppe	8
	Workshop	8
	Zukunftswerkstatt	9
3	Bürgerbeteiligungsinstrumente zum Einholen eines belastbaren Meinungsbildes	10
	Bürgerpanel	10
	Kommunale Bürgerumfrage	11
	Bürgerforum	12
	Bürgerversammlung	12
4	Bürgerbeteiligungsinstrumente bei konfliktären, divergierenden Interessenslagen	14
	Mediation	14
	Runder Tisch	14
5	Bürgerbeteiligungsinstrumente in (Zwischen-) Entscheidungsphasen	16
	„Textvorlage“ informiert zu den Beteiligungsschritten, zu den beteiligten Akteur/-innen und zu den (Zwischen-)Ergebnissen der Bürgerbeteiligung	16
	Bürgerplattform	16
6	Bürgerbeteiligungsinstrumente zur Projektrealisierung	18
	Trägerverein	18

1 „Information“ als Bürgerbeteiligungsinstrument für alle Projektaufgaben

Die „Information“ hat generell bei allen Projektschritten /-aufgaben zu erfolgen. Daher wird dieses Instrument vorweggestellt.

Kurzbeschreibung:

- Es geht darum, breite Kreise der Öffentlichkeit ohne großen Aufwand, schnell und ausführlich über aktuelle Themen von öffentlichem Interesse kostengünstig zu einem bestimmten Zeitpunkt oder über längere Zeit gezielt zu informieren. Ebenfalls kann die Steigerung des öffentlichen Interesses an einem Thema erreicht werden.
- Zu nutzende lokale Medien sind:
 - Amtsblatt
 - Tageszeitungen
 - Wochenzeitungen und Magazine
 - Webauftritte der Kommune
 - Radio
 - TV
- Speziell Internetinformationen sind attraktiv, sofern weiterführende Links oder Dokumente zum Download angeboten werden oder wenn die Informationen laufend zu aktualisieren sind.
- Umsetzungsmöglichkeiten bestehen über Pressedienste / Pressekonferenzen / Zeitungsartikel / Teilnahme von Journalistinnen und Journalisten.

Teilnehmer/Innen und Dauer

- Die Teilnehmer/Innen sind: Bürger/Innen, Entscheidungsträger/Innen aus Politik und Verwaltung. Teilnehmerzahl: größere Teile der Bevölkerung
- Dauer: auch über längere Zeiträume erstreckbar.

Zu beachten:

- Generell gilt für Tageszeitung, Wochenzeitung, Homepages, dass die Journalistinnen und Journalisten darüber entscheiden, in welcher Form welche Inhalte in welche Medien (Zeitungen, Radio, Fernsehen) aufgenommen werden.

2 Bürgerbeteiligungsinstrumente zur Erarbeitung von Projektinhalten

Arbeitsgruppe

Kurzbeschreibung:

- Eine Arbeitsgruppe ist eine Organisationseinheit, bei der mehrere Personen in Form der Gruppenarbeit eine gemeinsame Aufgabe bearbeiten. Jedes Mitglied muss die Möglichkeit haben, mit jedem anderen Mitglied unmittelbar in Kontakt zu treten. Durch die unterschiedlichen Beiträge der einzelnen Mitglieder (jeder weiß über etwas anderes Bescheid oder setzt eigene Akzente) kann eine optimierte Aufgabenlösung entstehen.
- Die Gruppenarbeit kann mit teilautonomer Gruppenarbeit verknüpft werden. Teilautonome Gruppen sind dadurch gekennzeichnet, dass sie Entscheidungskompetenzen (Variabilität) im Rahmen ihrer Bereiche besitzen.
- Die Arbeitsgruppe kann sich z. B. aus dem Forum Bürgerstadt Leipzig oder mit Unterstützung des Quartiersmanagements aus der Stadtteilarbeit bilden.
- Zur Durchführung der Gruppenarbeit ist erforderlich:
 - Klärung der Aufgabe und der zentralen Anforderungen, die sich aus der konkreten Aufgabenstellung ableiten.
 - Schaffung guter Arbeitsbedingungen.
 - Klärung der Gruppenzusammensetzung.
 - Klärung der Starthilfe und der Mittel zur laufenden Prozessunterstützung.
- Verweis: Workshop, als ein etwas abgewandeltes Instrument.

Teilnehmer/Innen und Dauer

- Die Teilnehmer/Innen sind: Vertreter/Innen aus Bürgerschaft (auch besonders fachlich qualifizierte Bürger/Innen / Expert/Innen) aber auch Politik und Verwaltung.
- Teilnehmerzahl: kleinere Gruppen (bis 15 Teilnehmer/Innen).
- Dauer: kurzzeitig (ein Tag) bis längerfristig (mehrere Monate).

Zu beachten:

- Mögliche Schwierigkeiten können auftreten, wenn die Gruppenmitglieder nicht die Ziele der Gruppe, sondern persönliche Ziele verfolgen.
- Die Methode ist nicht repräsentativ.
- Ebenfalls kann die Meinungsführerschaft Einzelner nicht ausgeschlossen werden, was die Ausgewogenheit der Ergebnisse und die Leistungsfähigkeit der Gruppe beeinträchtigt.

Konsensuskonferenz

Kurzbeschreibung:

Die Konsensuskonferenz wird angewendet zur Bearbeitung brisanter Themen durch interessierte Laien mit Unterstützung durch Expert/Innen, sowie zum Ausloten der öffentlichen Meinung zu einer bestimmten Fragestellung.

Ausgewählte heterogen zusammengesetzte Bürgergruppen erarbeiten in intensivem Dialog mit Expert/Innen eine Antwort auf eine politisch oder gesellschaftlich kontrovers diskutierte Frage.

Die Teilnehmer/Innen sind: ausgewählte Bürger/Innen, Expert/Innen, Entscheidungsträger/Innen aus Politik und Verwaltung. Teilnehmerzahl: sowohl kleine Gruppen (bis 15 Teilnehmer/Innen) als auch größere Gruppen (über 30 Teilnehmer/Innen).

Bei den Bürger/Innen wird (z. B. über das Einwohnermelderegister) eine größere potentielle Teilnehmerzahl angeschrieben. Die für die Durchführung der Konferenz verantwortliche Koordinierungsgruppe bestimmt nach Kriterien (Alter, Geschlecht, Bildung, Berufstätigkeit, Familienstand) ein möglichst gutes Spiegelbild des für die Beteiligung relevanten Personenkreises. Die Koordinierungsgruppe wählt Konferenzteilnehmer aus, um ein möglichst gutes Spiegelbild des für die Beteiligung relevanten Personenkreises zu erhalten.

Der Ablauf der Konferenz ist wie folgt strukturiert und wird durch Prozessbegleiter (welche auch moderieren) sichergestellt.

Im Vorfeld treffen sich die Teilnehmer/Innen, um Grundinformationen zu erhalten sowie Fragen an Fachleute zu formulieren, welche für die Konferenz mit zur Verfügung gestellt werden.

Erste Phase:

Beantwortung der Fragen (aus den Vorfeldtreffen) durch die Experten mit Auswertung der Antworten durch die Konferenzteilnehmer und der Möglichkeit, Zusatzfragen zu stellen. Dieser Teil ist öffentlich.

Zweite Phase:

Es werden die Zusatzfragen öffentlich beantwortet, worauf sich die Konferenzteilnehmer/Innen zurückziehen und als Schlussdokument ihre Stellungnahme verfassen. Dies strebt den Konsens der Teilnehmer/Innen an, Mehrheits- und Minderheitenvoten sind die Ausnahme.

Dritte Phase:

Präsentation des Schlussdokumentes, Sachverständige können eventuelle Fehler korrigieren und Presse und Öffentlichkeit werden hinzugezogen.

Teilnehmer/Innen und Dauer

- Die Teilnehmer/Innen sind: ausgewählte Bürger/Innen, Expert/Innen, Entscheidungsträger/Innen aus Politik und Verwaltung.
- Teilnehmerzahl: mittlere Gruppen (bis 30 Teilnehmer/Innen).
- Dauer: 1 - 3 Tage

Zu beachten:

- Die Repräsentativität ist bei der geringen Größe des Teilnehmerkreises ausgeschlossen. Potentielle Verzerrungen durch Meinungsführerschaft und Gruppendruck sind möglich.
- Durch den "Konsensdruck" besteht die Gefahr, dass sich die Teilnehmer/Innen nur auf den "kleinsten gemeinsamen Nenner" einigen können.

Kreativworkshop

Kurzbeschreibung:

Siehe auch die Kurzbeschreibung zum Instrument „Zukunftswerkstatt“. Beim Kreativworkshop ist zu beachten, dass die Auswahl der Mitglieder die Interessenvielfalt der Betroffenen widerspiegeln sollte.

Ein Workshop hat keine klaren Strukturmerkmale. Aus diesem Grund können aufgabenorientiert die Zahl der Teilnehmer/Innen, die Zusammensetzung der Beteiligten und das Auswahlverfahren hierzu variieren sowie der Ablauf je nach Aufgabenstellung. Um den Prozess der gemeinsamen Arbeit zu fördern, sollte das Arbeitsklima möglichst offen und frei von Zwängen sein. Vorteilhaft hierfür ist eine räumliche und soziale Situation, die sich vom herkömmlichen Arbeitsalltag unterscheidet. Auch die Gesprächsleitung durch Moderator/innen kann hierzu einen wichtigen Beitrag leisten.

Auch wenn Zukunftswerkshops keine vorgegebene Struktur haben, empfiehlt es sich, in der Vorbereitung ein Programm, eine Tagesordnung, einen Zeitplan oder ähnliches zu erstellen, damit sich alle Beteiligten vorbereiten können und zielorientiert gearbeitet wird.

Open space

Kurzbeschreibung:

Die Open Space Methode (open space = engl. für offener Raum) ermöglicht es, komplexe Fragestellungen mit einer großen Zahl an Beteiligten zu bearbeiten. Open Space eignet sich als Initialzündung für ein Vorhaben, das mit einer Ideensammlung auf breiter Basis beginnen soll und wenn viele, ganz unterschiedliche Personen an einem komplexen Thema arbeiten sollen.

Bei einer Open Space Konferenz gibt es ein Leitthema, aber keine festgelegten Referent/innen oder vorbereitete Arbeitsgruppen. Die Teilnehmer/-innen bestimmen selbst, wer wie lange zu welchen Themen arbeiten will. Die Teilnahme ist frei.

Die Arbeit bei einer Open Space Konferenz beruht auf einem Gesetz und vier Prinzipien:

„Das Gesetz der zwei Füße“ besagt, dass jede/r nur so lange in einer Arbeitsgruppe bleiben soll, solange er/sie dort einen Beitrag leisten und/oder etwas lernen kann. Es ist nicht nur erlaubt, sondern sogar erwünscht, die Arbeitsgruppe zu wechseln.

Die vier Prinzipien lauten:

1. Wer immer kommt, ist gerade die richtige Person.
2. Was auch geschehen mag – es ist das einzige, was geschehen kann.
3. Wann immer es beginnt, es ist die richtige Zeit.
4. Vorbei ist vorbei.

Deshalb werden für alle Themen Arbeitsorte und –zeiten fixiert, die Bearbeitung der Themen erfolgt jedoch selbstorganisiert in sich immer wieder neu formierenden Kleingruppen.

In der letzten Phase der Konferenz werden die als am wichtigsten empfundenen Fragestellungen herausgearbeitet, dafür notwendige nächste Schritte besprochen und „Themenpatenschaften“ vergeben. So wird gewährleistet, dass auch nach der Konferenz die generierten Ideen weitergetragen werden.

Am Ende der Konferenz erhalten alle Teilnehmer/Innen einen Band mit den Gruppenprotokollen, in dem sie die Ergebnisse aller Gruppen nachlesen können.

Den Organisator/innen obliegt bei einer Open Space Konferenz nur die Aufgabe, für den logistischen Rahmen und den „freien Raum“ zur Entfaltung des kreativen Potenzials zu sorgen, sie nehmen keine Eingriffe in den Inhalt der Konferenz vor.

Teilnehmer/Innen und Dauer

- Die Teilnehmer/Innen sind: Bürger/Innen, Interessensgruppen, Vertreter/Innen aus Politik und Verwaltung. Teilnehmerzahl: größere Gruppen (über 30 Teilnehmer/Innen).

- Dauer: 1 - 3 Tage.

Zu beachten:

Jeder kann teilnehmen. Eine ausgewogene Zusammensetzung (im Sinne der Repräsentanz der unterschiedlicher Meinungen) ist nicht gegeben.

Planungszelle

Kurzbeschreibung:

Die Methode eignet sich für Planungen oder Konzepte, zur gemeinsamen Entwicklung mit den Bürger/Innen. Wichtig ist dabei, die ausgewogene Teilnahme von Vertreter/Innen möglichst aller Bevölkerungsgruppen zu gewährleisten. Alltagswissen der Betroffenen und Expertenwissen sollten einander ergänzen.

In einer Planungszelle erstellen zufällig ausgewählte (z. B. durch eine Zufallsstichprobe aus der Einwohnermeldedatei), nicht organisierte Bürger/Innen zu einer bestimmten Fragestellung ein "Bürgergutachten", das auf ihren eigenen Erfahrungen und ihrem Wissen basiert. In Fachfragen werden sie dabei von Expert/Innen unterstützt.

Empfehlenswert ist, mehrere Planungszellen zu einem Thema arbeiten zu lassen. In der „nicht abgespeckten Version“ sollten die beteiligten Bürger/Innen dabei von sonstigen Verpflichtungen befreit werden und einen Auslagenersatz erhalten. Unabhängige Prozessbegleiter ermöglichen eine strukturierte Diskussion und achten darauf, dass alle zu Wort kommen. Im Zentrum der Arbeit steht zunächst die Informationsaufnahme, die Teilnehmer/Innen werden durch Kurzreferate, Hearings und andere Stellungnahmen von Experten zur Problematik hingeführt.

Während des Arbeitsprozesses wird in kleinen Gruppen gearbeitet. Diese Gruppenkonstellation sollte sich mehrfach ändern. Damit wird eine hohe Kommunikation erreicht und auch eine „Meinungsführerschaft“ gebremst. Die Protokolle aller Gruppensitzungen werden dann von den Prozessbegleitern zu einem Abschlussbericht zusammengefasst und dem Auftraggeber in Form eines „Bürgergutachtens“ überreicht.

Die wesentlichen Merkmale der Planungszelle sind somit:

- a) die Zufallsauswahl der Teilnehmenden,
- b) die Freistellung und die Vergütung der Teilnahme,
- c) der Gruppenprozess,
- d) die Prozessbegleitung und Unterstützung durch Fachleute,
- e) die vorgegebene Problemstellung und Programmstruktur,
- f) die Dokumentation der Ergebnisse.

Teilnehmer/Innen und Dauer

- Die Teilnehmer/Innen sind ausgewählte Bürger/Innen und Expert/Innen.
- Teilnehmerzahl: mittlere bis größere Gruppen (ab 15 bis über 30 Teilnehmer/Innen).
- Dauer: 1 Tag – mehrere Tage

Zu beachten:

Die Methode ist - entgegen oftmaliger Aussagen - nicht repräsentativ. Das heißt, sie kann nicht „generell“ angewendet werden, da sie nicht das Meinungsbild aller Betroffenen ausgewogen widerspiegelt (Die Methode eignet sich besonders für konstruktive Arbeitsprozesse, deren Ergebnisse im Darauffolgenden repräsentativ gespiegelt werden müssen).

Die Planungszelle ist in der „nicht abgespeckten Version“ teuer. Daher empfiehlt sich dieses Instrument auch zur Anwendung in einer „abgespeckten Version“.

Projektgruppe

Kurzbeschreibung:

Eine Stadtverwaltung möchte beispielsweise einen Spielplatz bauen. Zuvor ist mit Bürgerbeteiligung die Planung des Spielplatzes abgeschlossen. Es geht nun darum, dieses zeitlich befristete Vorhaben zu realisieren und wer hieran unmittelbar mitwirken möchte. Zupackende Akteure schließen sich zusammen und bringen ihre Arbeitskraft und –zeit ein und setzen das geplante Projekt Stück für Stück um. Fachliches Know-how, materielle Ressourcen (Baumaterial, etc.) werden von der Kommune bereitgestellt.

Eine Projektgruppe kann veränderbar sein. Handelt es sich um ein längerfristiges Projekt, können ganz verschiedene Konfigurationen in der Gruppe entstehen: Untergruppen können sich bilden, Experten werden kurzfristig aufgenommen, um Teilaspekte des Projekts abzudecken.

Verweis: Trägerverein, als ein etwas abgewandeltes Instrument.

Teilnehmer/Innen und Dauer

- Die Teilnehmer/Innen sind: Vertreter/Innen aus Bürgerschaft, Politik und Verwaltung. Teilnehmerzahl: mittlere Gruppen (15 – 30 Teilnehmer/Innen) sowie größere Gruppen (über 30 Teilnehmer/Innen).
- Dauer: kurzzeitig (ein Tag) bis längerfristig (mehrere Monate).

Zu beachten:

- Arbeiten, die eine hohe Gefährdung / Verletzungsgefahr mit sich bringen, können nicht von der Projektgruppe übernommen werden. Dies betrifft auch Aufgaben, welche Institutionen (wie z. B. dem TÜV) übertragen sind.
- Es können nicht alle Bereitwilligen beteiligt werden, sondern nur diejenigen, welche die Voraussetzungen für die jeweilig anstehenden Aufgaben erfüllen (z. B. Tischlerkenntnisse bei Holzarbeiten).

Workshop

Kurzbeschreibung:

Es gilt die Kurzbeschreibung zum Instrument „Arbeitsgruppe“ (siehe dort) mit dem Unterschied, dass ein Workshop zur Entwicklung gemeinsamer Ideen, der Lösung von Problemen oder der Erarbeitung von Konzepten auch einen Wissensvermittlungscharakter haben kann. Ein Workshop sollte moderiert werden, wobei die Moderatorin / der Moderator nicht immer fachlich voraus sein muss. Je stärker dabei Interaktionen zwischen den Teilnehmer/Innen ausgelöst werden, je konstruktiver ist der Arbeitsprozess zur Konzepterarbeitung oder Anregungen für weitere Entwicklungen.

Zukunftswerkstatt

Kurzbeschreibung:

Bei der Zukunftswerkstatt geht es darum, Visionen entwickeln zu wollen, z. B. bei der Erstellung von Leitbildern, Entwicklungsszenarien, Zukunftsprojekten, etc..

In einer Zukunftswerkstatt werden die Teilnehmer/Innen unter Einbezug von Moderator/innen durch eine kreativitätsfördernde Atmosphäre angeregt, fantasievolle und ungewöhnliche Lösungen für aktuelle Fragestellungen zu entwickeln.

Der klassische Aufbau (Kernphasen) ist dreistufig und besteht aus Kritikphase, Fantasiephase und Realisierungsphase.

Ein Grundprinzip ist es, mit verschiedenen Methoden und Arbeitsformen, wie Einzel- und Kleingruppenarbeit und Plenum, die Vielfalt an Gedanken, Einschätzungen und Wünschen auf Seiten der Teilnehmenden anzuregen und für alle sichtbar zu erfassen. Diese Vielfalt gilt es in allen drei Kernphasen in einem gemeinsamen nächsten Arbeitsschritt einzuengen, zu sortieren und zu Themenschwerpunkten (Clustern) zusammenzufassen. Bevor es zu einer vertiefenden Arbeit an ausgewählten Schwerpunkten kommt, entscheiden die Teilnehmenden mit unterschiedlichen »Bewertungsmethoden«, welche ihre wichtigsten thematischen Inhalte sind.

Die Moderator/Innen haben im Vorfeld ein Konzept, resp. ein »Drehbuch« für die Werkstatt entwickelt. Ihre Stärke liegt dann in der situationsgerechten Veränderung des Konzepts. Als Zeit- und Regelwächter sorgen sie für einen strukturierten Gesamtrahmen und Ablauf.

Zukunftswerkstätten sind aktivierend und handlungsorientiert. Sie sollten daher eingebettet sein in eine Strategie, die neben der Generierung neuer Ideen auch deren Umsetzung ermöglicht und fördert.

Teilnehmer/Innen und Dauer

- Die Teilnehmer/Innen sind: Bürger/Innen, Interessengruppen, ev. Expert/Innen, Vertreter/Innen von Politik und Verwaltung.
- Teilnehmerzahl: Gruppen bis zu einer Größe von 30 Teilnehmer/Innen.
- Dauer: 1 - 3 Tage.
- Verweis: Kreativworkshop, als ein etwas abgewandeltes Instrument.

Zu beachten:

Die Repräsentativität ist nicht gegeben.

3 Bürgerbeteiligungsinstrumente zum Einholen eines belastbaren Meinungsbildes

Bürgerpanel

In abgespeckter Form: repräsentative Befragung

Kurzbeschreibung:

Eine Stadtverwaltung möchte beispielsweise wissen, wie die Bürger/-innen über die vorgesehene Bebauung eines häufig begangenen zentralen Platzes in der Stadtmitte denken. Ein Investor hat sich gemeldet, der ein Einkaufszentrum errichten möchte und mehrere Stadtverordnete hinter sich weiß. Eine Bürgerinitiative, die den Anspruch erhebt, für „die“ Bürger/-innen zu sprechen, wünscht dagegen ein Bürgerhaus. Es zeichnet sich aber bereits eine weitere Bürgerinitiative mit demselben Anspruch ab, die abweichend hiervon ein Kulturzentrum mit einem Kunstmuseum wünscht. Darüber hinaus hat sich ein Interessenverband für die Erhaltung von Grünflächen in der Stadtmitte gebildet, der ebenfalls im Namen des „Gemeinwohls“ auftritt. Die Frage steht im Raum: Was denken „die“ Bürger/Innen? Wie wollen sie „ihre“ Stadt gestaltet haben?

Gefragt ist hier wie in vielen anderen Fällen ein „repräsentatives“ Meinungsbild, das nur eine Bürgerbefragung bieten kann. Das Bürgerpanel unterscheidet sich aber von bisher gebräuchlichen Bürgerbefragungen durch die folgenden Punkte:

- Bürgerbefragungen erfolgen im Bürgerpanel relativ häufig (ggf. 2-3 mal im Jahr), und zwar in inhaltlicher und zeitlicher Abstimmung mit der Agenda von Rat und Verwaltung. Ein Dialog zu den wichtigen Entscheidungsfragen der Kommune wird somit möglich.
- Die Befragungen sind für alle Bürger/Innen offen; jede(r) Interessierte kann sich online oder über einen zugeschickten/abgeholtten Fragebogen beteiligen, auch wenn er/sie nicht zur jeweiligen Stichprobe gehört (die zusätzlichen Beteiligungen werden gesondert erfasst und ausgewertet).
- Jede/-r Beteiligte hat die Chance, zum institutionell Beteiligten (zum „Panelisten“) zu werden, d.h. eine Kontaktadresse anzugeben und zu weiteren Befragungen, wie auch zu sonstigen Beteiligungen eingeladen zu werden. Das in der Bevölkerung vorhandene latente Beteiligungspotenzial wird somit - auch in Verbindung mit weiteren Beteiligungsansätzen - direkt ansprechbar.
- Die Qualität der Befragungen wird durch eine unabhängige Begleitung gesichert, die gleichzeitig für eine einfache und kostengünstige Gestaltung sorgt.

Ablauf:

- Die Befragungen werden - unter Beachtung vorhandener Rahmenregelungen zur Bürgerbeteiligung - durch Beschlussfassung gestartet.
- Die Befragungskonzepte werden in einer Vorbereitungsgruppe erarbeitet, die Bürger/Innen einschließt.
- Die Befragungen werden durch Informationskampagnen in der lokalen Presse und im Internet bekannt gemacht.
- Für die Durchführung der Befragungen werden Adressen gezogen, Stichtage festgelegt, Fragebögen verteilt und ins Internet gestellt.
- Für die Einbeziehung schwer erreichbarer Bevölkerungsgruppen wird Sorge getragen.
- Die Befragungsergebnisse werden ausgewertet.

- Die Befragungsergebnisse werden in Rat und Verwaltung erörtert.
- Die Befragungs- und Erörterungsergebnisse werden mit Unterstützung der örtlichen Medien bekannt gemacht. Das Prinzip der „Rechenschaftslegung“ findet Anwendung.
- Ggf. erfolgt eine Fortführung des Beteiligungsprozess in weiteren Beteiligungsformen unter Nutzung der Bereitschaftserklärungen von Befragungsteilnehmern.

Teilnehmer/Innen und Dauer

- Die Teilnehmer/Innen sind: Bürger/Innen, Entscheidungsträger/Innen aus Politik und Verwaltung. Teilnehmerzahl: kleinere Gruppen bis hin zu einer gesamten (Groß-)Stadt.
- Das Bürgerpanel kann optional durch einen Online-Dialog ergänzt werden.

Wichtig:

Das „Bürgerpanel“, ebenso die „Kommunale Bürgerumfrage“ (siehe unten) sind die einzigen „repräsentativen“ Methoden.

Kommunale Bürgerumfrage

Kurzbeschreibung:

Mit der seit 20 Jahren stattfindenden Kommunalen Bürgerumfrage existiert ein etabliertes Instrument der Bürgerbeteiligung in Leipzig. Diese alljährlich stattfindende Querschnittsbefragung liefert ein repräsentatives Meinungsbild zu einer Vielzahl von kommunalen Themenfeldern. Viele Meinungsbilder zur Zufriedenheit oder Problemwahrnehmungen in der Stadt wurden in der Vergangenheit (auch bereits mehrfach) erfragt und zielgruppenspezifisch ausgewertet. Die Kommunale Bürgerumfrage wird als Instrument auch für kurzfristige Erhebungen zu spezifischen Fragestellungen (z. B. Leipziger Freiheits- und Einheitsdenkmal) eingesetzt. Auch der Einsatz in ausgewählten städtischen Teilräumen ist machbar.

Die Kommunale Bürgerumfrage erlaubt aufgrund Ihres Stichprobenumfangs tief gegliederte Aussagen zu relevanten Bevölkerungsteilgruppen und bietet durch ihr großes Merkmalsspektrum weitreichende Analysemöglichkeiten. Sowieso werden mit ihr alle zwei bis drei Jahre Daten auf Ortsteilebene erhoben, womit ein kleinräumiges Meinungsbild entsteht. Im Jahr 2011 haben sich beispielsweise 11 000 Bürger/Innen an der Kommunalen Bürgerumfrage beteiligt.

Teilnehmer/Innen und Dauer

- Die Teilnehmer/Innen sind: Bürger/Innen. Teilnehmerzahl: kleinere Gruppen bis hin zu einer gesamten (Groß-)Stadt.

Wichtig:

Die „Kommunale Bürgerumfrage“ ist seit 1991 ein etabliertes, sehr bewährtes Instrument in Leipzig und gemeinsam mit dem „Bürgerpanel (siehe oben) handelt es sich um die einzigen „repräsentative“ Methoden.

Bürgerforum

Kurzbeschreibung:

- Das Bürgerforum dient in erster Linie der Information einer größeren Zahl von Bürgern. Es ist (im Unterschied zur Bürgerplattform) keine konstante dauerhafte Einrichtung, sondern ist auf die Dauer des zu behandelnden Beteiligungsthemas bzw. -falles beschränkt.
- Interessierte und betroffene Bürger/Innen (z. B. in den Stadtgebiet) werden zu einem bestimmten Zeitpunkt über Politiken, Pläne und Programme persönlich informiert. Meinungen und Vorschläge aus der Bevölkerung werden eingeholt und öffentlich diskutiert. Eine gesonderte Vorsprache jeder einzelnen Anwohnerin und jedes einzelnen Anwohners bei der Verwaltung oder den kommunalpolitischen Entscheidungsträgern wird ersetzt durch ein gebündeltes Zusammentreffen aller Beteiligten.
- Verweis: Bürgerplattform, als ein etwas abgewandeltes Instrument.

Teilnehmer/Innen und Dauer

- Die Teilnehmer/Innen sind: Bürger/Innen, Entscheidungsträger/Innen aus Politik und Verwaltung. Teilnehmerzahl: größere Gruppen (über 30 Teilnehmer/Innen).
- Dauer: innerhalb eines Tages (gewöhnlich mehrere Stunden).

Zu beachten:

- Die Verwendbarkeit des Bürgerforums für die Einholung eines belastbaren Meinungsbildes hängt entscheidend davon ab, dass die Auswahl der Teilnehmer/Innen repräsentativ erfolgt und dass eine Mindestzahl von Teilnehmer/innen realisiert werden kann.
- Das Bürgerforum kann leicht von einzelnen redegewandten Bürger/Innen (Meinungsführern) oder Politiker/Innen dominiert werden, diese können eine unrepräsentative Minderheit sein. Es spricht primär Personen an, die Einwände zum Thema haben.
- Diese Problematik kann gedämpft werden, wenn Diskussionsrunden in Kleingruppen ermöglicht werden. Hier kommen auch stillere Teilnehmer/Innen besser zu Wort; vorgebrachte Meinungen und Diskussionen können auch nachher öffentlich zugänglich gemacht werden, z. B. im Internet oder über Zusendung von Protokollen (für die Menschen, die nicht anwesend waren).

Bürgerversammlung

Kurzbeschreibung:

Die Bürgerversammlung ist eine offene angekündigte Veranstaltung und eignet sich, wenn Interessierte und Betroffene in der Stadt zu einem bestimmten Zeitpunkt über Politikaspekte, Pläne und Programme mit lokalem Bezug persönlich informiert und dazu Meinungen und Vorschläge aus der Bevölkerung eingeholt und öffentlich diskutiert werden sollen. Somit bietet die Methode die Möglichkeit, Interessierte und Betroffene über ein Vorhaben zu informieren und die Aspekte

des Vorhabens öffentlich zu erörtern. Es finden keine Beschlüsse statt, sondern es wird offen diskutiert, ohne dass eine Verbindlichkeit festgelegt wird.

Eine Bürgerversammlung unterscheidet sich von einer reinen Informationsveranstaltung durch die Möglichkeit, Stellungnahmen abzugeben, Wünsche und Ideen einzubringen. Damit dies möglich ist, ist der Zeitpunkt der Durchführung der Versammlung entscheidend: es muss noch Diskussionspielraum vorhanden sein.

Die Teilnehmer/Innen sind interessierte Bürger/Innen, Vertreter/Innen von Interessengruppen, Vertreter/Innen von Politik und Verwaltung, evtl. Fachexpert/Innen. Jeder kann hingehen ohne sich auszuweisen, sich zu legitimieren. Somit findet kein Auswahl- und Zulassungsverfahren statt.

Bürgerversammlungen bestehen aus einem Informationsteil, in dem die Interessierten über das (geplante) Vorhaben informiert werden, und einem Diskussionsteil, der den Anwesenden die Möglichkeit bietet, ihre Meinungen, Wünsche und Ideen zu formulieren. Bürgerversammlungen werden zumeist auf kommunaler Ebene themenspezifisch eingesetzt.

Teilnehmer/Innen und Dauer

- Die Teilnehmer/Innen sind: Bürger/Innen, Entscheidungsträger/Innen aus Politik und Verwaltung. Teilnehmerzahl: größere Gruppen (über 30 Teilnehmer/Innen).
- Dauer: innerhalb eines Tages (gewöhnlich mehrere Stunden).

Zu beachten:

- Die Verwendbarkeit der Bürgerversammlung für die Einholung eines belastbaren Meinungsbildes hängt entscheidend davon ab, dass die repräsentative Auswahl der Teilnehmer/Innen erfolgt und dass eine Mindestzahl von Teilnehmer/Innen realisiert werden kann.
- Jede/-r kann teilnehmen, ohne sich auszuweisen / sich zu legitimieren (es bleibt unklar, ob eine Person nur sich in seiner Meinung vertritt oder von einer Gruppe für die Gesamtmeinung derer berechtigt ist zu sprechen, da dies nicht geprüft wird). Somit findet kein Auswahl- und Zulassungsverfahren statt.
- Es werden Meinungsführer/-innen bevorzugt. Es werden oftmals primär Personen angesprochen, die Einwände zum Thema haben. Für eine intensive Diskussion mit den Bürger/-innen ist die Bürgerversammlung ungeeignet.

4 Bürgerbeteiligungsinstrumente bei konfliktären, divergierenden Interessenslagen

Mediation

Kurzbeschreibung:

Die Methode eignet sich zur strukturierten Bearbeitung von latenten oder offenen Konflikten bei konkreten Planungsverfahren und Problemstellungen. Ebenso bei der Unterstützung von Konfliktparteien, um eine einvernehmliche Lösung zu erzielen.

Eine Mediation (=Vermittlung) ist ein freiwilliges, klar strukturiertes Verfahren, bei dem die von einem Konflikt Betroffenen gemeinsam nach einer dauerhaften Lösung suchen und dabei von professionellen Mediator/Innen unterstützt werden.

Es gibt bestimmte Erfolgsvoraussetzungen, die bei einem Mediationsverfahren eingehalten werden sollten:

- ein Verhandlungs- und Einigungswille bei den Konfliktparteien,
- ein Konsensgestaltungsraum im Konflikt,
- eine vorhandene Macht bei den Verhandlungspartnern,
- eine fachlich-inhaltliche aber auch soziale und formale Kompetenz (Logik, Abstraktionsvermögen) bei den Beteiligten,
- die Sicherstellung der Verbindlichkeit des Verhandlungsergebnisses für jede Gruppe,
- ein dringender Handlungsbedarf.

Teilnehmer/Innen und Dauer

- Die Teilnehmer/Innen sind: Bürger/Innen, Interessensgruppen-Vertreter/Innen, Entscheidungsträger/Innen aus Politik und Verwaltung.
- Teilnehmerzahl: sowohl kleine Gruppen (bis 15 Teilnehmer/-innen) als auch größere Gruppen (über 30 Teilnehmer/Innen).
- Dauer: innerhalb eines Tages (gewöhnlich mehrere Stunden).

Runder Tisch

Kurzbeschreibung:

Im Vordergrund steht die Erarbeitung einer möglichst konsensualen Lösung zu kontroversen Fragen mit unterschiedlichen Interessengruppen.

An einem Runden Tisch diskutieren Vertreter/Innen der von einer Planung betroffenen Interessengruppen gleichberechtigt ein Sachproblem und versuchen eine gemeinsame Lösung zu finden.

Der Runde Tisch steht für die gleichberechtigte Teilhabe der Beteiligten, die miteinander im Dialog eine von allen Seiten getragene Lösung finden. Im Idealfall ist sein Ergebnis von großer Verbindlichkeit, da alle Betroffenen aktiv beteiligt waren.

Bei der Vorbereitung eines Runden Tisches sollte eine Analyse der für das jeweilige Thema relevanten Akteure am Anfang stehen. Zu den Erfolgsfaktoren gehört eine fachlich versierte und möglichst neutrale Begleitung. Schon in den ersten Sitzungen sollte geklärt werden, wie sich Zusam-

menarbeit und Informationsaustausch zwischen Runden Tisch, Politik und Verwaltung gestalten und welche Bindungswirkung die Ergebnisse haben sollen. Es sollten ansprechende und großzügige Räumlichkeiten gewählt werden, die leichtgängig einen Wechsel zwischen Plenum und Kleingruppenarbeit gewährleisten.

Runde Tische haben keinen standardisierten Verfahrensablauf. Wichtig für einen erfolgreichen Verlauf sind neutrale Moderator/innen, die Protokollierung der Diskussion und die Vertretung jeder Gruppe durch die gleiche Anzahl stimmberechtigter Personen unabhängig von ihrer (faktischen/ politischen) Stärke.

Teilnehmer/Innen und Dauer

- Die Teilnehmer/Innen sind: Interessengruppen, Expert/Innen, Vertreter/Innen von Politik und Verwaltung.
- Teilnehmerzahl: mittlere Gruppen (15 – 30 Teilnehmer/Innen) sowie größere Gruppen (über 30 Teilnehmer/Innen).
- Dauer: kurzzeitig (ein Tag) bis längerfristig (mehrere Monate).

Zu beachten:

- Die Repräsentativität ist bei der geringen Größe des Teilnehmerkreises ausgeschlossen. Potentielle Verzerrungen durch Meinungsführerschaft und Gruppendruck sind möglich.
- Sehr festgefahrene Konflikte benötigen allerdings eine Mediation.

5 Bürgerbeteiligungsinstrumente in (Zwischen-) Entscheidungsphasen

„Textvorlage“ informiert zu den Beteiligungsschritten, zu den beteiligten Akteur/-innen und zu den (Zwischen-)Ergebnissen der Bürgerbeteiligung

Die Textvorlage ist wird an dieser Stelle aufgeführt, obwohl diese nicht als „klassischen Bürgerbeteiligungsinstrument“ aufzufassen ist. Der Textvorlage kommt aber eine höchst wichtige Bedeutung zu.

Kurzbeschreibung:

Hier geht es um das Papier, welches die Verwaltung zu Zwischenständen und Ergebnissen formuliert und das Grundlage von Entscheidungen der Verwaltung und oder der Politik ist. Inhalt dieser Vorlage ist die sachgetreue detaillierte und objektive Wiedergabe des im Vorfeld zum Ergebnis oder Zwischenstand (entscheidungsrelevanter Gegenstand) stattgefundenen Bürgerbeteiligungsprozesses mit den beteiligten Akteurinnen und den jeweiligen Ergebnissen. Sinn und Zweck ist die Transparenz und Nachvollziehbarkeit des Bürgerbeteiligungsverfahrens sowohl in inhaltlicher als auch in organisatorischer Hinsicht, damit die Entscheider/-innen in Politik und Verwaltung eine aussagekräftige Grundlage als Orientierung für das weitere Vorgehen oder die Umsetzung eines Projektes /einer Planung vorfinden.

Die Textvorlage hat insofern eine herausgehobene Funktion, als dass in ihr die Ergebnisse der durchgeführten Bürgerbeteiligung selbst über die Dauer des Projektes thematisiert und für den weiteren Prozess aufbereitet werden.

Eine Möglichkeit ist es, die Vorlage in Rückkopplung mit den relevanten Akteursgruppen zu erstellen, damit zum Papier ein Konsens vorliegt.

Dauer

- prozessbegleitend immer zu Entscheidungsschritten.

Zu beachten:

- Die Textvorlage ist das Instrument, welches die Bürgerbeteiligung in die Entscheidungsphasen implementiert. Es obliegt ihr daher eine äußerst herausgehobene Funktion.
- Es findet kein Diskurs mit den beteiligten Bürger/Innen und Interessensvertreter/Innen mehr statt.

Information, insbesondere unter Einbindung der lokalen Medien

Siehe unter Punkt 1

Wichtig hier: Rückinformation der Beteiligten zu den Abwägungsargumenten und der Begründung der Entscheidung.

Bürgerplattform

Kurzbeschreibung:

Es gilt die Kurzbeschreibung zum Instrument „Bürgerforum“ (siehe dort), mit dem Unterschied, dass die Bürgerplattform eine auf Dauer bestehende und konstante Einrichtung in der Kommune

ist, welche nicht nur zum aktuellen Beteiligungsthema, sondern zu allen in der Kommune / im Ortsteil anstehenden Beteiligungsfällen herangezogen werden kann.

Bürgerforum und Bürgerversammlung

(siehe unter Punkt 3: Bürgerbeteiligungsinstrumente zum Einholen eines belastbaren Meinungsbildes)

6 Bürgerbeteiligungsinstrumente zur Projektrealisierung

Trägerverein

Kurzbeschreibung:

Es gilt die Kurzbeschreibung zum Instrument „Projektgruppe“ (siehe dort), mit dem Unterschied, dass ein Verein gegründet wird oder besteht, dessen Zweck die Stärkung des ehrenamtlichen Engagements und die Identifikation der Bürger/Innen mit ihrer Kommune bei der Umsetzung unmittelbarer Aufgaben ist.

Explizit geht es darum, Projekte im Ortsteil gemeinsam mit Akteur/Innen aus den Stadtquartieren und der Kommunalverwaltung zu realisieren und somit das Gemeinwesen zu stärken. Die Zielsetzung des Trägervereins sollte einen gemeinnützigen Zwecke verfolgen und der nachhaltigen Aufwertung der Quartiere in baulicher, sozialer, kultureller Hinsicht dienen. Sofern das Projekt mit Bürgerbeteiligung entwickelt wurde und deren Verwirklichung ansteht, können die Mitglieder des Trägervereines, je nach Aufgabe und Eignungsvoraussetzungen an der praktischen Projektumsetzung mitwirken.

Projektgruppe

(siehe unter Punkt 2: Bürgerbeteiligungsinstrumente zu Erarbeitung von Projektinhalten)